

5. Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden

Aachen 18./19.1.2008



Wege aus dem Krieg in Afghanistan

Von Herbert Sahlmann,
Vorstandsmitglied der Stiftung Nord-Süd-Brücken

Das westliche Engagement in Afghanistan zur Befriedung und Entwicklung des Landes ist mit seiner vorwiegend militärischen Strategie gescheitert!

Ein neuer Ansatz im deutschen und westlichen Engagement für Afghanistan ist strategisch dringend geboten und möglich!

Begründung für eine neue Strategie:

Die Sicherheitslage hat sich in fast allen Landesteilen Afghanistan dramatisch verschlechtert. Die südlichen und südöstlichen Provinzen werden stärker von Taliban und Aufständischen als von Regierungsvertretern beherrscht.

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist in diesen Regionen weitgehend zum Stillstand gekommen.

Das Rezept „noch mehr Militäreinsätze“ schafft immer größere Kollateralschäden, die zu Vertrauensverlust und weiter wachsendem Widerstand in der afghanischen Bevölkerung führen. Der bisher schon „robuste“ Militäreinsatz der NATO hat Gegenkräfte bei Taliban und Al Kaida-Strukturen mobilisiert und die massive Ausweitung des Drogenanbaus nicht verhindert.

Ein Erfolg versprechendes Befriedungs- und Entwicklungskonzept sollte grundsätzlich auch im Fall Afghanistan auf vier Prinzipien aufbauen:

1. Eigene **Stärke des Westens**, nicht nur militärisch-ökonomisch, sondern **vor allem moralisch**
2. **Gewaltverzicht**, d. h. Waffeneinsatz nur zur Selbstverteidigung und zum Schutz staatlicher Institutionen, also Backup für die Durchsetzung des staatlichen Gewalt-monopols.
3. **Koexistenz und Kooperation**, das bedeutet westliche Akzeptanz aller afghanischen gesellschaftlichen Kräfte, ein fairer, innerafghanisch verhandelter gesellschaftlicher Interessenausgleich, zu dem Machtteilung, Armutsminderung und ein faires Steuer- und Abgabensystem gehören und eine Entwicklungszusammenarbeit „auf gleicher Augenhöhe“, die möglichst vielen Afghanen eine Entwicklungsperspektive ermöglicht.
4. **Gemeinsame Sicherheit durch Dialog** und Einbeziehung der Sicherheitsbedürfnisse des Gegners in die eigene Sicherheitsstrategie.

Was heißt das nun für die Strategie des Westens in Afghanistan? Zu 1. Da es um die Sicherheit und Entwicklung Afghanistans geht, sollten alle Maßnahmen von außen darauf gerichtet sein, die **moralische und kulturelle Kraft der Afghanen und der afghanischen Institutionen zu stärken**.

Recht und Gesetz sollten in erster Linie von allen staatlichen Stellen ernst genommen und die Korruption auf allen Ebenen nicht nur verbal bekämpft werden. Afghanisches Recht und afghanische Gesetze müssen selbstverständlich auch für die westlichen Militärs, Polizisten und Entwicklungshelfer gelten, wenn diese den Afghanen helfen wollen, Sicherheit und Entwicklung in deren Land voranzubringen. Der **Westen** kann seine Glaubwürdigkeit und seine moralische Kraft auch in Afghanistan nur wiedergewinnen, wenn er seine **„Double Standards“ vollständig aufgibt**.

Zu 2. **Gewaltverzicht** bedeutet, dass dieser offen erklärt wird, und nicht mehr Krieg gegen Afghanen geführt wird. Militärische Mittel werden von der afghanischen Regierung und den westlichen Verbündeten nur noch zur Selbstverteidigung, notfalls zur Entwaffnung militanter nichtstaatlicher Gruppen, zur Verteidigung staatlicher Einrichtungen und - soweit vorhanden - zur Auflösung von illegalen Ausbildungslagern eingesetzt.

Holländische Militärs im Süden Afghanistans verfolgen bereits weitgehend eine solche Strategie und haben dabei, wenn man Presseberichten glauben kann, bereits einige Erfolge: die Gewalt hat in dem Gebiet drastisch abgenommen und zwar sowohl die Gewalt durch „Aufständische“ als auch die Gewalt innerhalb der Zivilgesellschaft!

Zu 3. **Koexistenz** bedeutet Anerkennung aller gesellschaftlichen Kräfte. Dazu gehören auch die Taliban, soweit sie auf Gewalt verzichten und die afghanischen Gesetze anerkennen.

Zur **Kooperation** gehört das weite Feld der Entwicklungszusammenarbeit, das vor allem die afghanischen staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen auf Zentral-, Gouvernorats- und Distriktebene stärken sollte und das sich in entwickelte afghanische Strategien abgestimmt einzufügen hat.

Zu 4. **Gemeinsame Sicherheit** bedeutet, dass mit allen afghanischen Kräften der Dialog über die Sicherheit aller Gruppen der Gesellschaft geführt wird und soweit möglich unter Beachtung der anderen drei Kriterien eine Sicherheitsvereinbarung in allen Gouvernoraten getroffen wird.

Gemeinsame Sicherheit bedeutet auch, dass mit allen Nachbarstaaten eine Sicherheitsstrategie verhandelt und vereinbart wird, die den Sicherheitsbedürfnissen Afghanistans und aller seiner Nachbarn Rechnung trägt.

Die irisch-amerikanische Terrorismusforscherin Louise Richardson hat in ihrem jüngst im Campus-Verlag erschienenen sehr gründlich recherchierten Buch, „Was Terroristen wollen – Die Ursachen der Gewalt und wie wir sie bekämpfen können“, sechs klare Regeln für den **Kampf gegen den Terrorismus** aufgestellt:

- 1. Ein vertretbares und erreichbares Ziel setzen**
- 2. Nach den eigenen Prinzipien leben**
- 3. Den Feind genau kennen**
- 4. Die Terroristen von ihren Gemeinschaften trennen**
- 5. Verbündete im Kampf gegen den Terrorismus suchen**
- 6. Geduld haben und das Ziel im Blick behalten.**

Wenn die westliche Politik in Afghanistan diese Regeln beachten würde, könnte sie damit die militanten Taliban und die Al-Kaida Kräfte in Afghanistan wenigstens eindämmen.

Die Bundesregierung sollte einen mit EU-Partnern möglichst weitgehend abgestimmten Entwurf einer neuen Strategie zukünftiger westlicher Befriedungs- und Entwicklungspolitik für Afghanistan in die NATO-Beratungen einbringen, der auf den oben genannten vier Prinzipien und sechs Regeln beruht. Eine solche neue Strategie könnte dann – mit der afghanischen Regierung abgestimmt – in ein neues UNO-Mandat münden.

Konkrete Vorschläge für die neue Strategie zur Befriedung und Entwicklung Afghanistans

(„20-Punkte-Programm für Dialog statt Krieg“):

1. Um die **Glaubwürdigkeit des Westens** bei der Unterstützung Afghanistans wieder herzustellen, sollte die Operation Enduring Freedom (OEF) so schnell wie möglich eingestellt und ein Zeitplan aufgestellt werden, nach dem die NATO-Truppen und das ISAF-Kommando - mit einem neuen Mandat des Weltsicherheitsrates versehen - UNO-Offizieren unterstellt werden.
2. Dazu dürfen die **Mandate für OEF, für die Einsätze der deutschen Tornados und für die KSK im Herbst 2008 vom deutschen Bundestag nicht verlängert werden.**
3. Der **Schwerpunkt** der deutschen und internationalen Unterstützung Afghanistans wäre zugleich **von militärischen zu zivilen Maßnahmen zu verlagern**. Wenn der Mitteleinsatz bisher bei etwa 80 : 20 für Militär- zu Zivilleistungen lag, muss dieses Verhältnis in Zukunft mindestens bei 50 : 50 liegen. Das Militär würde schrittweise reduziert und sich vor allem auf Ausbildungs- und rein defensive Schutzmaßnahmen konzentrieren mit einer Verlagerung personeller und finanzieller Ressourcen von der militärischen zur Entwicklungs-Seite.
4. Die ausländische Unterstützung für die **Ausbildung und Ausstattung von gesetzestreuer Polizei und Justiz** muss erheblich ausgeweitet werden, ebenso der Ausbau der physischen und sozialen Infrastruktur, damit die Afghanen auch „in der Fläche“ erfahren, dass sie wieder eine Entwicklungschance bekommen.
5. Die **zivile Nothilfe und Entwicklungszusammenarbeit** sollte uneigennütziger als bisher und **vorrangig im Süden und Osten des Landes** eingesetzt werden. Das erscheint unter Sicherheitsgesichtspunkten dann möglich, wenn lokale traditionelle Machtverhältnisse und kulturelle Besonderheiten beachtet werden und die Unterstützung vorwiegend über lokale Strukturen abgestimmt abgewickelt wird. Dann wird sie von der Bevölkerung ausdrücklich gewünscht und mitgetragen.
6. Da eine Liaison der **Entwicklungsfachkräfte mit dem ausländischen Militär** die Sicherheit der Fachkräfte eher gefährdet, jedenfalls soweit, wie das Militär von der afghanischen Bevölkerung als Besatzungsmacht empfunden wird, sollte auch das Militär im Interesse einer guten Gesamtentwicklung eine solche **Liaison nicht anstreben**.
7. Das Gefühl der militärischen Besetzung muss der afghanischen Bevölkerung wieder genommen werden durch Entwicklung und Umsetzung einer **klaren Exit-Strategie**.
8. **Dialog statt Gewalt** muss soweit als möglich auch für Militär und Polizei immer gelten!
9. Der **Dialog mit den gemäßigten Taliban** sollte gesucht werden. Sie sind auf lokaler Ebene und später auch auf nationaler Ebene in die Entwicklungs- und Sicherheitsverantwortung für das Land einzubinden. Es gibt gute Beispiele dafür, wie Entwicklung und Sicherheit auf lokaler Ebene - mit lokalen Taliban-Führern abgestimmt - vorangebracht werden können.
10. Der **Aufbau lokaler** staatlicher und zivilgesellschaftlicher **Strukturen** kann im Einvernehmen mit und unter Nutzung von lokalen Kräften intensiv vorangebracht werden. Die Bevölkerung muss spüren, dass es eine **Sicherheits- und Entwicklungsperspektive** gibt, in die sie eingebunden ist und an der sie mitwirken soll und kann. Dazu ist es ganz wichtig für die Stimmung in der afghanischen Bevölkerung, dass alle Entwicklungsbeiträge von außen viel stärker „afghanisiert“ werden, d.h. von Afghanen geplant, verantwortet und realisiert werden.
11. Der Westen und insbesondere das Militär dürfen bei der afghanischen Bevölkerung **keine Erwartungen wecken, die nicht erfüllt werden können**.
12. Sehr wichtig ist auch für die neue Strategie, dass die **Bevölkerung landesweit** besser unterrichtet wird über Sicherheits- und Entwicklungsziele und sie **realistische Informationen** erhält, welche konkreten Maßnahmen in den einzelnen Distrikten geplant sind und welche Beiträge dazu von der lokalen Bevölkerung erwartet werden.
13. **Ländliche Räume** sollten in Afghanistan **stärker als bisher gefördert** werden, denn dort lebt die Mehrheit der Bevölkerung. Dabei könnten zunächst die Nothilfe und die EZ an lokalen Fähigkeiten und Strukturen ansetzen und

vor Ort nach den dortigen Bedürfnissen personelle Kapazitäten für die weitere Entwicklung aufbauen. Dabei sollte die Armutsbekämpfung mit Ernährungs-, Grundbildungs-, Basisgesundheits- und Beschäftigungsprogrammen im Vordergrund stehen.

14. Der **Aufbau lokaler Strukturen** ist bedeutend, weil nur über sie nachhaltig in Afghanistan eine Staatlichkeit mit Gesetz und Ordnung geschaffen werden kann. Denn es hat bisher in Afghanistan, zumindest nicht in seiner neueren Geschichte, eine Zentralgewalt gegeben, die das ganze Land beherrscht hat. Eine solche Struktur kann schon gar nicht von außen den Afghanen aufgezwungen werden, sondern sie könnte nur im Laufe von Generationen wachsen. Ein stärker föderales Staatswesen wäre in Afghanistan wohl eher in der Lage, Frieden und Entwicklung voranzubringen, als ein zentralistisches, wie es zur Zeit angestrebt wird.

15. Die **Stärkung der kulturellen Identität** einschließlich des nicht militanten Islam ist zur Stabilisierung des Landes wichtig.

16. Zur Stabilisierung Afghanistans ist es ferner dringend geboten, die **Drogenbekämpfung** entsprechend der inzwischen dafür von afghanischer Seite mit UNO-Unterstützung entwickelten Strategie umzustellen. Dabei hat der Anbau von Alternativen zum Mohn Vorrang vor der Zerstörung von Mohnfeldern. Die Zucht von Rosen und ihre Weiterverarbeitung zu Rosenöl, der Anbau von Medizinpflanzen oder die Anlage von Obstgärten können bei den Bauern zu auskömmlichen und vor allem sichereren Erträgen als der Mohnanbau führen. Die Vernichtung von Mohnfeldern trifft in erster Linie die Kleinbauern und die Landlosen, die in ihrer Existenz gefährdet werden. Eine Lizenzierung des Mohnanbaus würde einen bedeutenden Teil der Opiumproduktion aus dem illegalen Heroinhandel nehmen und dem kontrollierten Handel mit Morphinen und Kodeinen zuführen. Strenge dörfliche traditionelle Kontrollmechanismen könnten genutzt werden, um Vertrauen zur staatlichen Gewalt wieder aufzubauen. Ganz wichtig bei der Bekämpfung der Drogenwirtschaft sind die Verhinderung der Weiterverarbeitung des Rohopiums und die Kontrolle der Verkehrswege zur Unterbindung des illegalen Handels mit Opiaten. Dazu sind der Ausbau der regionalen Zusammenarbeit Afghanistans mit seinen Nachbarn und der Aufbau einer korruptionsfreien Grenzpolizei zur Grenzsicherung ganz wichtig. So lange eine solche Polizei nicht existiert, ist das Militär gefordert, diese bei ihren Aufgaben zu unterstützen.

17. Eine **angemessen besoldete Polizei**, die dem afghanischen Recht und Gesetz verpflichtet ist, sollte noch vorrangig vor einem der Zentralgewalt unterstellten verfassungstreuen Militär ausgebildet und aufgestellt werden. Dazu können und müssen die Bundesrepublik Deutschland und zwar nicht nur der Bund, sondern entsprechend der Zuständigkeit für die Polizei in Deutschland, vor allem die Bundesländer personell **erheblich mehr beitragen**. Die in Afghanistan benötigten 60.000 Polizisten können nicht von 40 deutschen Polizeibeamten in angemessener Zeit gut ausgebildet werden! Die für Ausbildung und Ausrüstung der afghanischen Polizei 2007 geschaffene EUPOL hat bisher leider noch keine Früchte getragen!

18. Solange die afghanischen Staatseinnahmen nicht ausreichen, um die Verwaltungsbeamten, Polizisten, Richter und Militärs angemessen zu bezahlen, muss der Westen die Mittel dafür bereitstellen und der afghanischen Regierung helfen, mittelfristig ein **Steuer- und Abgabensystem aufzubauen, das die notwendigen Staatseinnahmen ermöglicht**.

19. Da, wo die afghanischen staatlichen Stellen ihre Aufgaben noch nicht angemessen wahrnehmen können, sollten diese von den UNO-Organisationen (UNAMA) unterstützt werden. **Afghanische Regierung und UNAMA sollten intensiv mit der Organisation Islamischer Staaten (OIC) zusammenarbeiten**.

20. Erste Ansätze einer regionalen Sicherheits- und Entwicklungszusammenarbeit sollten intensiviert werden und bald in einer **regionalen Konferenz für Sicherheit und Entwicklung** münden. Denn auch die Nachbarländer Afghanistans sind durch den drohenden Zerfall des afghanischen Staatswesens und die ausufernde afghanische Drogenwirtschaft gesellschaftlich im Kern bedroht!

Zusammen mit zivilgesellschaftlichen und politischen europäischen Partnern hat Deutschland eine gute Chance, einen Strategiewechsel in der westlichen Sicherheits- und Entwicklungspolitik gegenüber Afghanistan einzuläuten, wenn vorbereitet und unterstützt von der deutschen Friedensbewegung und anderen gesellschaftlichen Kräften das Bundeskabinett und der Deutsche Bundestag die wichtigsten Elemente der oben skizzierten neuen Strategie bei der im Herbst 2008 anstehenden Verlängerung der Mandate für das deutsche Gesamtengagement in Afghanistan mutig und entschlossen aufnehmen.

Anmerkung:

Begründungen und Elemente einer solchen neuen Strategie Deutschlands und dann des Westens für die Sicherheit und Entwicklung in Afghanistan finden sich u. a. auch in der Senlis-Studie, bei Galtung und in der Klingebiel et alera –Studie, die übrigens auch Interaktionen mit nichtstaatlichen Akteuren der Gewalt empfiehlt.